

10005/AB
vom 23.05.2022 zu 10216/J (XXVII. GP)
Bundesministerium
Landwirtschaft, Regionen
und Tourismus

bmlrt.gv.at

Mag. Norbert Totschnig, MSc
Bundesminister für
Landwirtschaft, Regionen und Tourismus

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.224.737

Ihr Zeichen: BKA - PDion
(PDion)10216/J-NR/2022

Wien, 23. Mai 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Alois Schroll, Kolleginnen und Kollegen haben am 23.03.2022 unter der Nr. **10216/J** an meine Amtsvorgängerin eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Sicherstellung der österreichischen Gasversorgung“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1 bis 3, 5 bis 14 und 17 bis 23:

- War dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus und Ihnen als zuständige Rohstoffministerin die Problematik mit den niedrigen Gasspeicherfüllständen im Jahr 2021 bekannt?
 - a. Wenn nein, warum war das niedrige Gasspeicherniveau nicht bekannt.
 - b. Wenn nein, ist es nicht Aufgabe Ihres Ministeriums, einen ständigen Überblick über die Füllstände zu haben?
 - c. Wenn ja, ab wann war die Thematik mit den schlecht gefüllten Gasspeichern bekannt?
- Wenn die bereits damals prekäre Situation bekannt war, wovon man ausgehen sollte, wurden in diesem Zusammenhang Maßnahmen ergriffen?

- a. Wenn Gegenmaßnahmen ergriffen wurde, wie sahen diese aus?
- b. Wenn keine Maßnahmen trotz der Kenntnis über die geringen Gasbestände getroffen wurden, warum wurde hier nicht eingegriffen?
- Hat sich Ihre Einschätzung zu den besorgniserregend niedrigen Gasfüllständen in der Zwischenzeit geändert?
 - a. Wenn ja, warum erst jetzt?
 - b. Warum hat die Bundesregierung noch im Herbst bei bereits besorgniserregend niedrigen Füllständen behauptet, die Speicher wären „prall gefüllt“?
- Wurden vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine von Ihrer Seite aus oder von Ihrem Ministerium Initiativen gestartet, um die Abhängigkeit von russischen Gasimporten zu reduzieren?
 - a. Wenn ja, welche Initiativen wurden gestartet und wann?
 - b. Wenn nein, warum wurde nicht auf die Abhängigkeit reagiert?
- Wer beziehungsweise welche Gremien oder Personenkreise sind bei Entscheidungen zu Gasankäufen beteiligt und eingebunden?
- Ist Ihr Ministerium an den Entscheidungen beteiligt, ob und in welcher Menge Gas eingekauft wird?
 - a. Wenn ja, in welcher Weise?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- Hat es von Ihrem Ministerium einen Auftrag oder eine Weisung gegeben, wonach im Sommer 2021 eine geringere Menge an Gas beschafft werden sollte, als dies in den vorangegangenen Jahren üblich war?
 - a. Wenn es eine Weisung gegeben hat, warum?
- Welche Rolle kommt der Österreichischen Beteiligungs AG ÖBAG im Zusammenhang mit dem Import von Gas zu, immerhin ist der Staat über die ÖBAG mit 31,5% an der OMV beteiligt.
 - a. Gibt es hinsichtlich der Gasbeschaffung durch die OMV Mitspracherechte der Republik über die Beteiligung der ÖBAG und wenn ja, wie sehen diese aus?
 - b. Wenn nein, warum hat man hier keine Mitsprache?
- Gab es in der Vergangenheit strategische Besprechungen mit der OMV, in der etwaige Problemlagen - wie die vorliegende - vorausschauend besprochen wurden?
 - a. Wenn nein, warum nicht?
 - b. Wenn nein, wäre es nicht die Aufgabe Ihres Ministeriums?
 - c. Wenn ja, wann und wo?
 - d. Wenn ja, welche Szenarien wurden besprochen?

- Das Erdgas wird im Inland vor allem für die produzierenden Bereich (41,5%) und für den Energiesektor (29,7%) benötigt. Gibt es für diese beiden Bereiche konkrete Pläne und Strategien hinsichtlich der Gasknappheit sowie den hohen Gaspreisen?
 - a. Wenn ja, wie sehen diese aus?
 - b. Wenn nein, warum gibt es keine Strategien?
- Seitens der Europäischen Kommission gibt es Pläne zur drastischen Reduktion (um 2/3) der europäischen Gasimporte aus Russland?
 - a. Unterstützen Sie als Ministerin diese Pläne, auch wenn auf Grund kurzfristiger Maßnahmen (z.B. Ersatz von Erdgas durch Kohle und Öl) sich die CO2-Emissionen erhöhen könnten?
- Die EU-Kommission hat eine umfassende Mitteilung zur Reduktion russischer Gasimporte veröffentlicht, in der es detaillierte Potentialabschätzungen der einzelnen Maßnahmen gibt. Existieren solche Abschätzungen auch für Österreich?
 - a. Wenn ja, wie sehen die Analysen aus?
 - b. Wenn nein, warum sind derartige Abschätzungen für Österreich nicht vorhanden?
- Stehen für russische Gaslieferungen Alternativen bereit?
 - a. Wenn ja, welche Alternativen und in welchen Mengen?
 - b. Wenn ja, in welcher Frist stehen diese im Notfall zur Verfügung?
 - c. Wenn nein, warum nicht?
- Sämtliche Szenarien zur Reduktion der russischen Gaslieferungen gehen von einem deutlich höheren LNG-Import aus. Wo sollen diese Lieferungen herkommen?
- Hat Ihr Ministerium Vorkehrungen getroffen oder Pläne für das Worst-Case-Szenario entwickelt, sollten die Gaslieferungen aus Russland plötzlich ausfallen?
 - a. Wenn ja, wie sehen diese aus?
 - b. Wenn ja, wer war daran beteiligt?
 - c. Wenn nein, warum nicht?
- In Deutschland hat Bundesminister Habeck die Beschaffung von Erdgas in Höhe von 1,5 Mrd. Euro in Auftrag gegeben, werden Österreich ähnliche Schritte setzen?
 - a. Wenn ja, gibt es bereits Pläne dazu?
 - b. Wenn nein, warum wird hier nicht gehandelt?
- Deutschland hat laut Bundesminister Habeck im Herbst noch Maßnahmen ergriffen, die Speicher nachträglich zu füllen, um Engpässe zu vermeiden. Hat das Österreich auch getan?
 - a. Wenn ja, um welche Maßnahmen hat es sich gehandelt?
 - b. Wenn nein, warum ist Österreich hier untätig geblieben?

- Sollte nun in großen Mengen Gas eingekauft werden, gibt es Vorkehrungen, dass hier keine exorbitanten Preise gezahlt werden oder kaufen wir zu jedem Preis ein? Immerhin werden am Ende des Tages die EndkonsumentInnen dafür zahlen müssen.
- Entsprechend der SOS-Verordnung ist ein Drittel der noch-vorhandenen Gasmengen für Deutschland reserviert. Was passiert, wenn gespeichertes Gas nicht für den Inlandsverbrauch zur Verfügung gestellt wird? Wie wird darauf reagiert?
- Offenkundig gibt es nur ein „Solidaritätsabkommen“ gemäß SOS Verordnung mit den Nachbarländern, nämlich mit Deutschland?
 - a. Wie sehen dieses aus?
 - b. Warum gibt es mit den übrigen Nachbarländern keine ähnlichen Abkommen?

Es wird darauf hingewiesen, dass Lenkungsmaßnahmen, u.a. hinsichtlich Erdgas, ausschließlich in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie fallen (vgl. Teil 2 Abschnitt J Z 7 der Anlage zum Bundesministeriengesetz 1986).

Zudem wird auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 10214/J vom 23. März 2022 der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie verwiesen.

Zur Frage 4:

- Haben Sie sich mit den Gefahren der österreichischen Abhängigkeit vom russischen Gas befasst?
 - a. Wenn ja, wann haben Sie sich damit zum ersten Mal befasst, in welchen Zusammenhang und in welcher Form?
 - b. Wenn nein, warum nicht?

Das Thema Rohstoffautarkie wurde im Rahmen des Erstellungsprozesses des Masterplans Rohstoffe 2030 (siehe <https://info.bmlrt.gv.at/service/publikationen/bergbau/masterplan-rohstoffe-2030.html>) eingehend behandelt. Die Abhängigkeit von russischem Gas spielt bezüglich der Überlegungen der strategischen Ausrichtung Österreichs eine wesentliche Rolle und hat in verschiedenen Maßnahmen des Masterplans indirekt Berücksichtigung gefunden.

Zu den Fragen 15 und 16:

- Zuletzt waren Sie Teil einer Delegation in den Emiraten. Was war hierbei das Ziel der PR-Reise und was das Ergebnis, denn kurzfristig waren dabei keine konkreten Lösungen zu erwarten.
 - a. Die Emirate stehen auf Grund ihres Umganges mit den Menschenrechten häufig in der öffentlichen Kritik. Wie stehen Sie dazu, hier nach neuen Quellen für Gaslieferungen zu suchen?
 - b. Welche Verträge wurden abgeschlossen, wieviel Gas und ab wann werden Alternativen zum russischen Gas geliefert?
- Was genau wurde bei der Unterzeichnung des „Memorandum of Understanding“ in den VAE vereinbart und was ist bzw. soll das Ziel hierbei sein?

Es darf diesbezüglich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 10185/J vom 11. März 2022 durch meine Amtsvorgängerin verwiesen werden.

Mag. Norbert Totschnig, MSc

